

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Jörg Goldberg

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. 5. 1974 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co. GmbH, 404 Neuss, Xantener Straße 7

Nr. 2/1974 Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik war in den ersten Monaten des Jahres 1974 weiterhin sehr uneinheitlich und differenziert. Auch für die kommende Entwicklung der Konjunktur können daher keine eindeutigen Aussagen gemacht werden. Die tragende Kraft der Konjunktur ist weiterhin der Export. Die internationale wirtschaftliche Lage läßt jedoch auf längere Sicht einen im gleichen Ausmaß wie bisher wachsenden Exportüberschuß unwahrscheinlich erscheinen. Auch zeigen die importbeschränkenden Maßnahmen Italiens und Dänemarks, daß die Handelspartner der Exportoffensive der BRD nicht tatenlos zusehen werden.

Die Investitionstätigkeit wird voraussichtlich im Laufe des Jahres etwas zunehmen, ohne daß allerdings von einem Investitionsstoß wie in den vorangegangenen Aufschwungsjahren gesprochen werden kann. Die mit den Preisverschiebungen auf dem Rohstoffmarkt zusammenhängenden Veränderungen der Kostenstruktur werden vor allem Rationalisierungsinvestitionen nach sich ziehen.

Der schwächste Faktor der Konjunktur-entwicklung bleibt die Konsumgüter-nachfrage. Bei einem unveränderten Wachstum der Bruttolöhne und -gehälter werden Abgabenbelastung und steigende Preise das Reallohnwachstum völlig zum Stehen bringen. Der sich abzeichnende Rückgang der Beschäftigung läßt zudem erwarten, daß die zur Verfügung stehende Massenkaukraft insgesamt leicht rückläufig sein wird. Infolgedessen ist auch von der Seite der Verbrauchsausgaben her keine Belebung zu erwarten, wenn es nicht im Laufe des Jahres gelingt, erhebliche Verbesserungen der Realeinkommen zu erkämpfen. Da die bisherigen Tarifabschlüsse dieser Notwendigkeit nicht gerecht geworden sind,

werden nur Teuerungszuschläge und andere betriebliche Lohnaufbesserungen die Lage ändern können.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich — unter Ausschluß der reinen Saisoneinflüsse — auch im Frühjahr weiter verschlechtert. Vor allem der als Folge der niedrigen Verbrauchsausgaben voranschreitende Ruin vieler kleiner und mittlerer Betriebe der konsumnahen Bereiche wird sowohl die Arbeiter und Angestellten dieser Branchen als auch einen Teil der ehemaligen „Arbeitgeber“ dem Arbeitsmarkt zuführen. Da aber auch die wachsenden Branchen in zunehmendem Maße rationalisieren und kaum zusätzliche Arbeitskräfte aufnehmen, wird die Gefahr einer Dauer-Arbeitslosigkeit immer realer. Diese Situation wird von Unternehmern und Regierung ausgenutzt, um die Gewerkschaften unter Druck zu setzen.

Das trifft jedoch nicht nur für den Bereich der Lohnpolitik zu. Unternehmer und Massenmedien agitieren unverhüllt mit wirtschaftlichen Erpressungsdrohungen gegen jede politische Maßnahme, die ihnen nicht genehm ist. Die Mitbestimmungsforderungen werden mit der Drohung beantwortet, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Die — ohnehin unzureichende — Reform der Berufsausbildung wird mit einem Ausbildungsboykott gekontert.

Es zeigt sich, daß die Grenzen sowohl einer sinnvollen Konjunkturpolitik als auch der Reformpolitik durch die Unternehmer bestimmt werden. Diese Grenzen aber werden sehr eng gezogen.

Nur wirksame Eingriffe in die Macht des Großkapitals können verhindern, daß die konjunkturellen und strukturellen Schwierigkeiten weiterhin auf den Rücken der Arbeiter und Angestellten verlagert werden.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft
- 1.5 Die multinationalen Konzerne und die sogenannte „Ölkrise“

2 Unternehmerngewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerngewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitszeit

4 Zusammenfassung

Statistische Begriffe
und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Das Jahr 1973 muß insgesamt als ein Jahr der Konjunkturbelebung bezeichnet werden. Allerdings blieb das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts mit 5,3 Prozent erheblich hinter dem Aufschwungjahr 1969 zurück, in dem ein Zuwachs von 8 Prozent zu verzeichnen war.

Zunahme des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	In jeweiligen Preisen (nominal)	in Preisen von 1962 (real)
1970	13,3	5,8
1971	10,9	2,7
1972	9,2	3,0
1973	11,6	5,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/74, S. 16)

Dagegen erreichte der Zuwachs des Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen mit 5,3 Prozent fast den Wert des Jahres 1969, als dieser sich auf 6,1 Prozent belief. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts ist also im vollen Umfang dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität zu verdanken.

Gegenüber allen anderen vorangegangenen Jahren der Hochkonjunktur fielen 1973 zwei wichtige Auftriebsfaktoren fast vollständig aus: sowohl die Investitionstätigkeit als auch der private Verbrauch blieben weit hinter der Entwicklung des Bruttosozialprodukts zurück. Tragende Kraft war vor allem der Außenhandelsüberschuß.

Verwendung des Bruttosozialprodukts: Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Prozent (real)

	BSP	privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Investitionen
1970	5,8	7,0	4,9	11,5
1971	2,7	5,2	7,3	4,5
1972	3,0	3,7	4,4	1,9
1973	5,3	3,1	4,4	0,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/74, S. 64*)

Die Wachstumsprognosen der Bundesregierung und des Sachverständigenrates, die Wachstumsraten zwischen 0 und 2 Prozent für 1974 einkalkulierten, erweisen sich immer mehr als Zweckpessimismus, mit dem Einfluß auf die Lohnverhandlungen am Anfang des Jahres genommen werden sollte. Die lohnpolitische Folgerung der Bundesregierung aus dem an die Wand gemalten Schreckgespenst „Nullwachstum“ lautete im Jahreswirtschaftsbericht: Es geht „1974 in erster Linie um die Absicherung des im vorangegangenen Jahr erreichten Lebensstandards und nur sehr beschränkt um die Verteilung eines zusätzlichen Realeinkommens“ (Jahreswirtschaftsbericht 1974 der Bundesregierung, Ziffer 13).

Inzwischen schätzen die fünf Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten das Wachstum im Jahre 1974 auf real 2,5 Prozent bei einer leichten Beschleunigung im zweiten Halbjahr. Entsprechend ihrer Projektion wird auch in diesem Jahr der private Verbrauch deutlich hinter der Entwicklung des Sozialprodukts zurückbleiben.

1.2 Produktion

Die Industrieproduktion ist auch in den ersten Monaten des Jahres 1974 nur mit rückläufigen Zuwachsraten angestiegen. Unvermindert stark sind die Differenzen zwischen den industriellen Bereichen.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1973/74 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent

	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar
Industrie insges.	+ 5,7	+ 5,4	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,2
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	+ 10,1	+ 9,6	+ 2,8	+ 4,2	+ 2,8
Investitionsgüterindustrien	+ 7,7	+ 7,4	+ 9,7	+ 3,7	+ 1,2
Verbrauchsgüterindust.					
(Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien)	- 2,0	- 2,4	- 2,5	- 4,3	- 4,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 65*)

Die relativ hohen Produktionszuwächse insbesondere in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wurden erheblich reduziert, während die Verbrauchsgüterindustrien ihre rückläufige Tendenz verstärkten.

Unterstrichen wird dieses Bild durch die Entwicklung ausgewählter Industriezweige.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1973/74 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent

	November	Dezember	Januar
Industrie insgesamt ¹⁾	+ 5,1	+ 3,6	+ 1,8
Bauindustrie	- 4,3	- 1,9	+ 2,4
Kohlenbergbau	- 4,2	- 2,2	- 3,6
Eisenschaffende Industrie	+ 16,6	+ 17,4	+ 15,0
Chemische Industrie	+ 11,9	+ 6,3	+ 5,7
Maschinenbau	+ 4,3	+ 7,7	+ 8,0
Straßenfahrzeugbau	- 0,6	+ 1,2	- 7,8
Elektrotechnische Industrie	+ 16,0	+ 17,5	+ 12,7
Schuhindustrie	- 12,8	- 18,1	- 10,5
Textilindustrie	- 8,5	- 8,6	- 8,4
Bekleidungsindustrie	- 17,0	- 20,1	- 20,1
Ernährungsindustrie	+ 1,9	+ 6,5	+ 4,0

1 Die leichten Differenzen zum vorigen Bericht ergeben sich aus unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/74, S. 14* f.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 65*)

Besser als das Aggregat „Investitionsgüterindustrie“, das auch für den Massenverbrauch produzierende Industriezweige wie den Straßenfahrzeugbau enthält, zeigt die Entwicklung der Einzelindustrien den Charakter der wirtschaftlichen Situation. Während die für den Massenbedarf produzierenden Wirtschaftszweige unvermindert rückläufige Produktionsziffern aufweisen, haben die für den Investitionsbedarf und für den Export produzierenden Branchen (Ausnahme ist nur der Straßenfahrzeugbau) weiter hohe und teilweise noch steigende Zuwachsraten zu verzeichnen.

Schon diese Zahlen zeigen, daß der Zusammenhang zwischen Massenkonsum und Produktion gegenwärtig in der BRD sehr gelockert ist. Bei weitgehend stagnierendem Massenverbrauch kann ein merkliches Wirtschaftswachstum und eine leicht zunehmende Investitionstätigkeit aufrecht erhalten werden. Ursachen dafür sind der hohe Exportüberschuß und die Zunahme von Rationalisierungsinvestitionen. Allerdings wird auf längere Sicht die drastische Auseinanderentwicklung von Massenkonsum und Produktion umso stärker durchschlagen.

Die Tabelle zeigt auch, wie verschleiern die regierungsamtliche Rede von den „Strukturschwächen“ in einzelnen Bereichen der Wirtschaft ist. Denn die Probleme vieler Verbrauchsgüterindustrien sind ja in erster Linie das Ergebnis der stagnierenden Massenkaufkraft.

Das wird auch durch die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze belegt, die im Jahre 1973 insgesamt nominal nur um

7,6 Prozent über dem Vorjahrsergebnis lagen (IFO-Schnelldienst, 11/74). Real dürften sie also stagniert haben. Wie tief der Nachfrageeinbruch bei einzelnen Wirtschaftszweigen tatsächlich ist, das zeigt z. B. im Fahrzeugbau die Entwicklung der Neuzulassungen. Im März 74 wurden z. B. 27,4 Prozent weniger Wagen neu zugelassen als im vergleichbaren Vorjahresmonat. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ, v. 27.4.74) Besondere Schwächen wies der Einzelhandel in den Bereichen „Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen“ und „Bekleidung, Wäsche, Schuhe“ auf. Während im ersteren 1973 ein nominaler Rückgang um - 1,3 Prozent verzeichnet wurde, (im Dezember sogar um - 24,6 Prozent) konnte im Bekleidungssektor noch ein nominaler Zuwachs um 3,6 Prozent erreicht werden, der allerdings einen realen Rückgang um etwa 3 Prozent beinhaltet. (Frankfurter Rundschau, FR, v. 2.2.74) (IFO-Schnelldienst, 11/74)

Insgesamt lag der Einzelhandelsumsatz in den ersten Monaten des Jahres 1974 real um 3 Prozent unter dem Vorjahresergebnis (Handelsblatt HB, v. 5. 4. 74).

Das sehr differenzierte Bild der wirtschaftlichen Entwicklung wird durch die Tendenz der industriellen Auftragseingänge weiter verdeutlicht.

Industrielle Auftragseingänge insgesamt

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Industr. insges.	Grundstoff-Industrien	Investitions-güterindustr.	Verbrauchs-güterindustr.
November	+ 6,9	+ 17,3	+ 3,4	- 0,7
Dezember	+ 0,2	+ 7,8	+ 3,5	- 3,5
Januar	+ 3,1	+ 22,7	- 9,4	+ 6,4
Februar	+ 13,6	+ 23,5	+ 15,0	- 5,2
März	+ 9,1	+ 17,4	+ 9,0	- 2,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 66*; FAZ vom 6. 5. 74)

In den für Investitionszwecke produzierenden Branchen ist also eine Belebung zu erkennen. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß es sich um Nominalwerte handelt, die noch nicht um die Preiserhöhungen bereinigt sind. So gingen z. B. im März 1974 in der Industrie zwar wertmäßig etwa um 9 Prozent mehr Bestellungen ein als im März 1973, volumenmäßig waren es jedoch 2,5 Prozent weniger als im Vorjahr (FAZ 6. 5. 74).

Die Differenzierung der Auftragseingänge nach ihrer Herkunft zeigt einmal die Bedeutung des Exports für die Konjunktur der BRD und zum anderen die anhaltende Schwäche der inländischen Massennachfrage, die durch eine den Export einbeziehende Betrachtung nicht im vollen Umfang zum Ausdruck kommt.

Industrielle Auftragseingänge aus dem Inland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Industr. insges.	Grundstoff-Indust.	Investitions-güterindustr.	Verbrauchs-güterindustr.
November	+ 2,3	+ 12,1	- 1,3	- 3,9
Dezember	- 6,6	+ 2,5	- 13,7	- 6,4
Januar	- 2,7	+ 15,2	- 17,4	+ 4,5
Februar	+ 7,3	+ 16,7	+ 8,1	- 7,5
März	+ 4,2	+ 9,0	+ 6,1	- 4,9

(Quelle: Ebenda)

Industrielle Austrageingänge aus dem Ausland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Industr. insges.	Grundstoff-Indust.	Investitions-güterindustr.	Verbrauchs-güterindustr.
November	+ 18,5	+ 32,1	+ 11,9	+ 21,6
Dezember	+ 16,3	+ 21,8	+ 14,1	+ 14,6
Januar	+ 17,0	+ 42,4	+ 6,3	+ 18,5
Februar	+ 31,2	+ 43,2	+ 29,3	+ 9,7
März	+ 21,8	+ 44,0	+ 14,3	+ 16,2

(Quelle: Ebenda)

Die industriellen Auftragseingänge lassen eine leichte Belebung der Produktion in der ersten Hälfte des Jahres 1974 erwarten, wobei sich die Disproportionen zwischen inländischer Massennachfrage und Angebot weiter vergrößern dürften. Die sowohl von der Bundesregierung als auch durch den Konjunkturtest des IFO-Instituts konstatierte leichte Konjunkturbelebung steht daher auf sehr unsicheren Füßen. Wenn in dieser Situation Lohnabschlüsse um 11 Prozent, die kaum den Reallohn sichern, als „überhöht“ (Ifo-Schnelldienst 11/74, S. 17) bezeichnet werden, weil sie angeblich die Ertragslage der Unternehmen belasten, dann zeigt das die Irrationalität des kapitalistischen Systems. Einer gewachsenen Produktion muß früher oder später auch eine gewachsene Nachfrage gegenüberstehen. Diese Nachfrage hängt aber in entscheidendem Maße von den Löhnen und Gehältern ab. Stagnierende Reallöhne sind also auf Dauer unvereinbar mit zunehmender Produktion.

1.3 Investitionen

Die Investitionstätigkeit war vor allem im zweiten Halbjahr des Jahres 1973 real leicht rückläufig.

	Anteil der Anlage-Investitionen am BSP in Prozent	Zunahme der realen Investitionen gegenüber Vorjahr in Prozent
1970	26,5	+ 11,5
1971	26,9	+ 4,5
1972	26,6	+ 1,9
1973	25,4	+ 0,5
1973 1. Hj.	-	+ 2,9
1973 2. Hj.	-	- 1,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/74, S. 64*)

Die Zunahme der Auftragsbestände der Investitionsgüterindustrien in den ersten Monaten des Jahres 1974 signalisiert eine leichte Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Vorrang haben dabei vor allem Rationalisierungsinvestitionen. Sowohl die veränderte Situation auf dem Energiemarkt als auch die Steigerung der Rohstoffpreise wird Umstellungen notwendig machen und so den Investitionsbedarf der Industrie erhöhen. Auch für die nähere Zukunft erscheint daher eine Auseinanderentwicklung von Investition und Konsum möglich. Allerdings wird nicht damit gerechnet, daß sich die Investitionstätigkeit im gleichen Umfang wie in anderen Aufschwungsjahren beleben wird. Die Unternehmer der Bundesrepublik richten ihr Hauptaugenmerk gegenwärtig auf Investitionen im Ausland. Dieser expansionistische Kurs wird in Zukunft nicht ohne Auswirkung für die Arbeitsplätze in der BRD bleiben.

1.4 Außenwirtschaft

Alle bisher genannten Zahlen machen die wachsende Exportlastigkeit der westdeutschen Wirtschaft deutlich. Im Jahre 1973 stieg der Außenbeitrag, d. h. der Anteil des Exportüberschusses am Bruttosozialprodukt, um mehr als das Dreifache auf 2,7 Prozent. Diese expansive Entwicklung des Außenhandels setzte sich in den ersten Monaten des Jahres 1974 verstärkt fort.

Außenhandel der BRD in Mrd. DM

	Import	Export	Saldo
1971	120,1	136,0	15,9
1972	128,7	149,0	20,3
1973	145,4	178,4	33,0
Dezember	12,0	15,0	3,0
Januar	13,9	17,5	3,6
Februar	12,3	17,4	5,1
März	-	-	4,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 70* f.; FAZ v. 4. 5. 74; Wirtschaft und Statistik, 4/74, S. 220*)

Im ersten Quartal 1974 war der Exportüberschuß um mehr als doppelt so hoch wie im ersten Quartal 1973.

Der Exportüberschuß geht in steigendem Maße auf Kosten der „Partner“ der BRD in der EWG.

Saldo im Handel mit EG-Mitgliedsländern in Mrd. DM

1971	1,2
1972	0,8
1973	8,5
Januar 1974	1,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 74*)

Erzielte die BRD im Jahre 1971 weniger als ein Zehntel ihres Überschusses im Handel mit EWG-Ländern, so waren es 1973 mehr als ein Viertel und im Januar sogar fast die Hälfte.

Von den vier „großen“ Mitgliedern der EWG kann inzwischen nur noch die BRD einen positiven Handelsbilanzsaldo aufweisen. Italien erzielte 1973 ein Defizit von 13,5 Mrd. DM (Wirtschaftswoche 14/74, S. 12).

Die von der Regierung und der CDU gleichermaßen beklagten Schwierigkeiten im Integrationsprozeß sind zu einem guten Teil einfach Selbstschutzmaßnahmen der „Partner“ gegen die Expansion des BRD-Exports. Dazu gehört sowohl die Weigerung einiger Länder, sich dem von der Bundesrepublik propagierten „Blockfloating“ anzuschließen als auch die Importbeschränkungen, die die Regierungen Italiens und Dänemarks verfügt haben.

Die Versuche der Bundesrepublik, ihre Rolle in der EWG zu verstärken, müssen auch zu einer Vergrößerung der Ungleichgewichte in diesem Raum führen. Die ökonomische Überlegenheit soll dabei das politische Gewicht der BRD verstärken. Denn der Italien zum Ausgleich der Handelsbilanzdefizite angebotene „Währungsbeistand“ kann nur die Abhängigkeit vom Kreditgeber vergrößern, nicht aber zu einer Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes beitragen.

Die Entwicklung des Handelsbilanzsaldos straft auch diejenigen Lügen, die den Exportüberschuß als dringend notwendig zur Finanzierung der steigenden Rohstoffkosten betrachteten. So überschrieb z. B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. März 1974 einen Artikel sorgenvoll: „Wird der Exportüberschuß ausreichen?“

Die Einfuhrerzeugnisse haben sich im März 1974 um 35,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr verteuert. Verantwortlich dafür waren vor allem die gestiegenen Rohstoffpreise, insbesondere für Rohöl. Trotz dieser erhöhten Belastung durch die Verteuerung der Einfuhr ist der Handelsbilanzüberschuß weiter angestiegen. Die Exportoffensive ist also keineswegs notwendig, um die erhöhten Importbelastungen auszugleichen.

Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß die Verteuerung der Rohstoffe in den letzten Jahren nur die gleiche Preisrelation von Industriewaren und Rohstoffen wiederherstellte, die im Jahre 1950 einmal existiert hat. Im vierten Quartal 1973 konnten die Rohstofflieferanten also für ihre Produkte endlich wieder ebenso viel Industriewaren wie 1950 kaufen. (Nach einer Studie des UNO-Sekretariats, zit. in Neue Zürcher Zeitung [NZZ] v. 1. 5. 74.) Es kann also nicht von einer zusätzlichen Belastung der Handelsbilanz durch die gestiegenen Rohstoffpreise gesprochen werden, sondern nur von der Beseitigung einiger einseitiger Vorteile, die sich die kapitalistischen Industriestaaten im Verkehr mit den Entwicklungsländern in den fünfziger und sechziger Jahren verschafft hatten.

Ernst-Wolf Mommsen, Vorstandsvorsitzender der Krupp GmbH und ehemals Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, vertrat in diesem Zusammenhang unverhüllte imperialistische Zielsetzungen. Man sollte die Exportüberschüsse „erst dann verschwinden lassen“, so äußerte er anlässlich der Hannover-Messe, wenn die Bundesrepublik Zugang zu den Rohstoffquellen der Welt gefunden habe (Handelsblatt v. 25. 4. 74). Der Handelsbilanzsaldo als Erpressungsmittel!

In der gleichen Rede äußerte Mommsen: „Wir brauchen Exportüberschüsse, wenn die Beschäftigung aufrechterhalten werden soll.“ (ebd.) Ganz abgesehen davon, daß hier der Export von Arbeitslosigkeit propagiert wird, ist diese Behauptung schon deswegen absolut unzutreffend, weil die Exportüberschüsse selbst die Preise treiben, die Löhne entwerfen und so die Massenkaufkraft schwächen.

Mommsens Bemerkung ist aber auch deshalb unzutreffend, weil die hohen Exportüberschüsse zur Finanzierung der Auslandsinvestitionen dienen, also gerade inländische Arbeitsplätze vernichten. 1973 war nicht nur ein Jahr mit einem Rekordüberschuß im Warenhandel, sondern auch mit einem Rekord an Direktinvestitionen im Ausland. Es wurden 5,6 Mrd. DM an Direktinvestitionen im Ausland getätigt, genau doppelt so viel wie 1972. Damit erhöht sich der Gesamtbestand der BRD an ausländischen Direktinvestitionen auf 35,4 Mrd. DM (Handelsblatt, 27. 4. 74).

Als Beispiel einer solchen Direktinvestition soll hier die Aufnahme der Produktion von Kameras durch Agfa-Gevaert in Portugal Ende 1973 genannt werden. In der ersten Stufe wird der Aufbau dieser Produktion etwa 30 Mill. DM kosten. Der Grund für diese Investition ist das Lohnkostengefälle. Nach eigenen Angaben beträgt der Aufwand für eine ungelernte weibliche Hilfskraft in Portugal 1,60 DM je Stunde, in München aber etwa 10 DM (Handelsblatt v. 5./6. 4. 74). Wie eine Erhebung der Bundesanstalt für Arbeit ergab, ist die Arbeitslosigkeit gerade in der Gruppe der ungelernten Frauen in der BRD besonders hoch. (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 2/74, S. 111 ff.)

Die mit Exportüberschüssen finanzierte Expansion der westdeutschen Industrie ins Ausland stellt also eine zunehmende Gefahr für die Arbeitsplätze in der BRD dar.

Dieses Beispiel ist weniger ein Einzelfall als vielmehr Ausdruck einer Gesamtstrategie der westdeutschen Konzerne, die planmäßig in internationale Dimensionen expandieren. Erleichtert wird die Expansion durch die Entwicklung der Wechselkurse, die die Auslandsinvestitionen drastisch verbilligt hat.

Nach der jüngsten Umfrage des IFO-Instituts planen drei Viertel der befragten Unternehmen für die nächsten fünf Jahre in ihren ausländischen Betrieben eine stärkere Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen als im Inland (IFO-Schnelldienst, 9/74).

1.5 Die multinationalen Konzerne und die sogenannte „Ölkrise“

Die sogenannte „Ölkrise“ des Herbstes 1973 hat vielen Bürgern der Bundesrepublik die Augen geöffnet — nicht nur über die Bedeutung der Energiewirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt, sondern zugleich über die verfehlte Bonner Energiepolitik und über die räuberische Tätigkeit der multinationalen Konzerne.

Inzwischen ist eindeutig erwiesen, daß die zeitweise Verknappung und die dauerhaft sich beschleunigende Verteuerung von

Heizöl und Benzin fast ausschließlich das Ergebnis gezielter Manöver der großen multinationalen Ölkonzerne war und ist.

Zum ersten ist seit Oktober 1973 niemals eine Verknappung an Rohöl eingetreten. Die Tanklager in der Bundesrepublik waren stets randvoll. Die Behauptung eines angeblichen Ölmangels wird bereits exakt durch die Tatsache widerlegt, daß 1973 insgesamt 8,2 Prozent mehr Rohöl in die Bundesrepublik importiert wurden als 1972.

Zum zweiten rechtfertigen die von den Förderländern vorgenommenen Abgabenerhöhungen auf Rohöl auch nicht annähernd die in der Bundesrepublik durchgeführten Preiserhöhungen für Ölprodukte. Dies sei im folgenden anhand der Preisentwicklung für Rohöl und leichtes Heizöl demonstriert.

Die Abgaben und Steuern der Förderländer auf einen Liter Rohöl betragen auch gegenwärtig nur ein Fünftel der Steuern, die hier in der Bundesrepublik auf einen Liter Mineralölprodukte erhoben werden. Beispielsweise zwischen September und November 1973 stiegen die Steuern und Abgaben der Förderländer auf einen Liter arabisches Rohöl aus dem Golf um 2,1 bis 2,4 Pfennig. Im gleichen Zeitraum stiegen jedoch die Preise für leichtes Heizöl um 17 Pfennig pro Liter. Allein hieraus läßt sich ein Extraprofit von über 14 Pfennig errechnen (FAZ, 22. 1. 1974; Handelsblatt, 6. 12. 1973; Blick durch die Wirtschaft, 16. 3. 1974).

Die sogenannte Ölkrise vom Herbst 1973 erweist sich also bei näherem Hinsehen als ein gigantisches Täuschungsmanöver, mit dem das Großkapital der werktätigen Bevölkerung Milliarden aus der Tasche gezogen hat.

Die künstliche Verknappung und Verteuerung von Mineralöl und Mineralölprodukten ist von den multinationalen Ölkonzernen organisiert und von der Bundesregierung widerstandslos geduldet worden. Für die Ölkonzerne hat die sogenannte „Ölkrise“ eine enorme Profitsteigerung erbracht.

Im folgenden aus der Vielfalt eines geradezu erdrückenden Beweismaterials einige Kostproben:

1973 konnten die sieben größten multinationalen Ölkonzerne (die „sieben Schwestern“) ihre Profite gegenüber 1972 in folgendem Ausmaß erhöhen:

- BP um 343 Prozent
- Shell um 159 Prozent
- Gulf um 79 Prozent
- Chevron um 65 Prozent
- Exxon (Esso) um 59 Prozent
- Mobil um 47 Prozent
- Texaco um 45 Prozent

Wohlgermerkt: hier handelt es sich um offizielle Angaben der Konzerne, die mit Sicherheit noch viel zu niedrig sind. Die Profite wurden größtenteils im zweiten Halbjahr 1973 realisiert.

Im 1. Quartal 1974 setzte sich die Profitexplosion fort. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres steigerten z. B. ihre Profite:

- Shell um 162 Prozent
- Texaco um 123 Prozent
- Gulf um 76 Prozent
- Exxon um 39 Prozent

Interessant ist auch ein Vergleich der Entwicklung der Umsätze einerseits und der Profite andererseits. Bei den 11 größten US-amerikanischen Ölkonzernen stiegen 1973 gegenüber 1972 die Umsätze um 30,5 Prozent, während sich die Profite um 54,5 Prozent (auf die ungeheure Summe von 7,8 Mrd.

Dollar) erhöhten. Die Tatsache, daß die Profite fast doppelt so schnell anstiegen wie die Umsätze, läßt das Preisdiktat der Monopole als zentralen Mechanismus der Profitmaximierung deutlich erkennen. (Zahlen nach Neue Zürcher Zeitung, 30. 4. 74, Handelsblatt, 25. 4. 74; Frankfurter Rundschau, 11. 5. 74; Volkswirtschaftliche Nachrichten der Farbwerke Hoechst, 8/1974, S. 15 f.)

Die US-amerikanischen Ölkonzerne geben übrigens offen zu, daß sie den Großteil ihrer Profite im Ausland — vor allem in Westeuropa — realisieren. Die Hauptmethode hierbei ist offensichtlich der Verkauf von Rohöl an die eigenen Tochtergesellschaften mit einer „Handelsspanne“ von über 50 Prozent: Nach Angaben der OPEC kaufen die Konzerne den Barrel Rohöl (159 Liter) zu 7 Dollar und verkaufen ihn für 12 Dollar weiter. (Handelsblatt, 25. 4. 74) Kein Wunder, daß dann die Tochtergesellschaften in Westeuropa den dortigen Regierungen „beweisen“ können, daß sie nur „Verlustgeschäfte“ machen!

Im übrigen sind natürlich auch die Bilanzen dieser Gesellschaften gründlich frisiert. Nach Berechnungen des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft Berlin (DDR) erzielten die sieben wichtigsten Ölgesellschaften der BRD (Esso, Deutsche Shell, Mobil, BP, Texaco, Gelsenberg und VEBA Chemie) zwischen 1969 und 1972 Nettoprofit in Höhe von 13,3 Mrd. DM. Der in den Bilanzen ausgewiesene Reingewinn betrug demgegenüber nur 742 Mill. DM. Die am besten frisierten Bilanzen legte die BP vor mit einem angeblichen Verlust von 82 Mill. DM, während in Wirklichkeit ein Nettoprofit von rund 2 Mrd. DM realisiert wurde! (IPW-Berichte, 3/1974, S. 19)

Was die Untersuchungen des Bundeskartellamtes gegen diese ausgekochten Verschleierungsmanöver ausrichten werden, ist unschwer zu prophezeien — nämlich nichts. Mit „Anhörungen“ ist den multinationalen Konzernen und ihren räuberischen Aktivitäten nicht beizukommen. Und in Wirklichkeit dürfte die gegenwärtige Aktivität des Kartellamtes wohl auch weniger die Funktion haben, den „Multis“ das Handwerk zu legen, als vielmehr die, bei der empörten Bevölkerung einen solchen Eindruck zu erwecken: Indem man sich mit den Konzernen Scheingefechte um Benzinpreiserhöhungen von 1 Pfennig liefert, lenkt man davon ab, daß absolut nichts getan wurde, als z. B. im Herbst 1973 die Preise für leichtes Heizöl um bis zu 20 Pfennig pro Liter erhöht wurden!

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die Unternehmerrgewinne entwickelten sich 1973 nicht in dem Maße, wie zu Beginn des Jahres z. B. vom Sachverständigenrat angenommen worden war. Trotzdem ergeben auch die in der Statistik verwandten Globalzahlen für 1973 noch einen erheblichen Anstieg der Unternehmerrgewinne.

Entwicklung der Unternehmerrgewinne gegenüber Vorjahr in Prozent

	Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen	Abschreibungen	Abschreibungen und Unternehmerrgewinne zusammen
1972	6,5	10,0	7,6
1973	9,6	10,5	9,9
1974 ¹	4,0	11,5	6,5

¹ Laut Projektion der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute
(Quelle: DIW-Wochenbericht 15-16/74; Wirtschaft und Statistik 2/74, S. 61 und 67)

Da die Entwicklung der Abschreibungen von großer Bedeutung für die tatsächlich verfügbaren Unternehmereinkommen ist, müssen sie in die Betrachtung einbezogen werden.

Trotzdem sagt das Ergebnis wenig über die tatsächliche Gewinnlage aus, da es sowohl die Monopolprofite als auch die in erster Linie auf eigene Arbeitsleistung zurückzuführenden mittelständischen Einkommen zusammenfaßt.

Bereits die großen Produktionsunterschiede zwischen den Branchen lassen vermuten, daß die Gewinne der großen Konzerne weitaus stärker gestiegen sind, während die Erträge der mittelständischen Wirtschaft zurückgeblieben sind. Denn die vom Konjunkturrückgang besonders betroffenen konsumnahen Zweige sind noch eher mittelständisch organisiert, während die Wachstumsbranchen wie Stahl und Chemie ausgesprochen monopolisierte Bereiche sind.

So stiegen z. B. nach einer Übersicht der BHF-Bank in Frankfurt 1973 die Gewinne pro Aktie bei

Bayer	22,2 Prozent
BASF	21,4 Prozent
Hoechst	19,4 Prozent

Die drei „Großen“ der Chemie haben also 1973 außergewöhnlich hohe Erträge erwirtschaftet, eine Entwicklung, die sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1974 fortgesetzt hat. Ähnlich ist die Entwicklung bei den großen Stahlkonzernen. Bei Thyssen stieg der Gewinn je Aktie im Geschäftsjahr 1972/73 um 475 Prozent, der ausgewiesene Jahresüberschuß erhöhte sich von 56 auf 197 Mill. DM (Wirtschaftswoche 17/74, S. 71) Der Elektrokonzern Philips steigerte seinen ausgewiesenen Gewinn um 15 Prozent. (UZ v. 16. 3. 1974) Siemens erhöhte seine Kapitalrentabilität von 15,9 auf 17,4 Prozent, die Umsatzrentabilität von 3,9 auf 4,4 Prozent.

Der Salzgitter-Konzern steigerte den ausgewiesenen Überschuß von 29 Mill. 1972 auf 137 Mill. 1973. (FAZ v. 30. 4. 74)

Auch die drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) haben wieder gut verdient. Die Dividendensumme stieg von 263 Mill. DM 1972 auf 302 Mill. 1973, also um 14,8 Prozent. (Wirtschaftswoche Nr. 16/74)

Auch für 1974 werden für die Großindustrie überwiegend hohe Gewinnsteigerungen vorausgesagt. Nach einer Berechnung der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) werden die Gewinne in der Stahlindustrie um 100 Prozent, in der Elektroindustrie um 22 Prozent und in den Bereichen Versorgung und Chemie um 15 Prozent steigen. (Der Beamtenbund, April 74)

2.2 Konzentration

Die Differenzierung der Konjunktur und -ertragsentwicklung mit ihrer Schwäche in konsumnahen Bereichen und ihrer Exportexpansion hat den Konzentrationsprozeß in der BRD weiter vorangetrieben.

Das deutlichste Anzeichen dafür ist die Anzahl der beim Bundeskartellamt anzeigepflichtigen Unternehmenszusammenschlüsse. Sie war 1973 mit 274 noch etwas höher als 1972. Damals wurden 269 Fälle angezeigt. Vor allem die Zahl der großen Zusammenschlüsse (d. h. wenn das erworbene Unternehmen eine Bilanzsumme von mehr als 25 Mill. DM aufweist) hat zugenommen. Im ersten Halbjahr 1972 waren es 32 Fälle mit einer erworbenen Bilanzsumme von 1,7 Mrd. DM, im ersten Halbjahr 1973 aber schon 44 Fälle mit 3,6 Mrd. DM Bilanzsumme. Die Dimensionen des Konzentrationsprozesses wachsen also. (FR v. 1. 2. 74)

In die ersten Monate des Jahres 1974 fallen einige Zusammenschlüsse, die von internationaler Bedeutung sind. So wurde im Februar die Fusion zwischen Thyssen und Rhein Stahl vom Bundeskartellamt genehmigt. Damit entsteht ein Unternehmenskomplex, der mit 15 Mrd. DM Jahresumsatz den zweiten Platz nach VW in der Rangliste der westdeutschen Konzerne einnehmen wird. Im April wurde bekannt, daß die Mannesmann AG, zusammen mit Thyssen an den Mannesmann-Röhrenwerken beteiligt, beabsichtigt, mit der Demag einen Unternehmensvertrag abzuschließen, d. h. zu fusionieren. Der bisherige Kapitalanteil beträgt nur 51 Prozent. Das Bundeskartellamt hat dem Zusammenschluß bereits zugestimmt, da ihm „große wirtschaftliche Bedeutung“ zukomme. (FAZ v. 27. 4. 74) Im Computerbereich wurde die Zusammenarbeit von Siemens mit der französischen CII und der holländischen Philips durch den Ausbau des gemeinsamen Vertriebssystems intensiviert.

Im Mineralölbereich steht der Zusammenschluß von Veba und Gelsenberg bevor. Wie die Bundesregierung erklärte, will sie ihre Rechte aus der Mehrheitsbeteiligung an der Gelsenberg AG treuhänderisch auf die Veba übertragen.

Auf der anderen Seite erhöhte sich 1973 die Zahl der Konkurses gegenüber 1972 um fast 20 Prozent auf 5277 Fälle. Allein im Lebensmitteleinzelhandel, so schätzt der zuständige Hauptverband, sind 1973 5000 Geschäfte geschlossen worden. (FAZ v. 25. 4. 74) In der Schuhbranche haben allein in den ersten 2 Monaten des Jahres 1974 6 Unternehmen zugemacht, ungefähr 1,5 Prozent aller Betriebe der Branche. (FAZ v. 21. 3. 74) In der Textilindustrie ist die Zahl der Betriebe 1973 um 4 Prozent zurückgegangen. (FAZ v. 21. 3. 74)

In der Feinkostindustrie haben sich in den letzten fünf Jahren ebenfalls einschneidende Umstrukturierungen vollzogen. Ein Drittel des Umsatzes vereinigen inzwischen die drei großen Nahrungsmittelkonzerne Unilever, Nestlé und Kraft auf sich. Acht oder neun weitere große Hersteller haben ein weiteres Drittel, während auf rund 50 kleinere Hersteller der Rest entfällt. Die Großunternehmen erweiterten ihren Marktanteil von 55 Prozent 1968 auf 70 Prozent 1973. (FAZ v. 7. 5. 74)

Diese Vorgänge sind in erster Linie auf den stagnierenden Massenkonsum zurückzuführen. Die Kampagne der Großkonzerne und der Regierung gegen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten ist also gleichzeitig mit der Vernichtung Tausender selbständiger Existenzen verbunden.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die ersten Monate des Jahres 1974 waren von harten Tarifauseinandersetzungen gekennzeichnet. Die Arbeiter und Angestellten mußten die Erfahrung machen, daß auch die Verteidigung eines bestehenden Reallohnlevels in einer wachsenden Wirtschaft nicht ohne Kampf abgeht.

Regierung und „Wissenschaft“ spielten in den Lohnkämpfen eine bedeutende Rolle. Bekannt ist vor allem die Position sowohl des „Sachverständigenrates“ als auch des Jahreswirtschaftsberichtes der Bundesregierung. Auch das „Frühjahrgutachten“ der 5 wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom April 1974 schlägt in die gleiche Kerbe. Kritisiert werden die Tarifabschlüsse besonders im Bereich des öffentlichen Dienstes, obwohl diese kaum die Reallohne sichern dürften. „Mit der Zustimmung zu stabilisierungswidrig hohen Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst wurden Signale für die übrigen Wirtschaftsbereiche gesetzt und auch dort über-

zogenen Lohnabschlüssen der Weg bereitet.“ (IFO-Schnelldienst, 11/74, S. 17)

Folgende wichtige Tarifabschlüsse wurden in den ersten Monaten 1974 getätigt:

Stahlindustrie	11 % (bei 10–10½ Monaten Laufzeit)
Öffentlicher Dienst, Post, Bahn	11 % (mindestens 170 DM)
Metallindustrie	11,33 % (Unterweser, nordwestliches Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein 12,25 %)
Bauwirtschaft	11,2 %
Steinkohlenbergbau	12,1 %
Druckindustrie	11,3 %
Chemische Industrie (Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen)	12 % (mindestens 153 DM)
Textilindustrie (Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen)	12–12,5 % (mindestens 60–65 Pf)

Bei einigen dieser Tarifrunden wurden zusätzlich Forderungen durchgesetzt, die normalerweise nicht Gegenstand von Lohn- und Tarifverhandlungen sind, sondern in Lohnrahmentarifverträgen, Manteltarifverträgen oder besonderen Vereinbarungen geregelt werden. Es wurde u. a. vereinbart:

– in der Metallindustrie eine Erhöhung des Urlaubs um zwei Tage sowie eine Erhöhung des Urlaubsgeldes von 30 Prozent auf 50 Prozent eines Monatsverdienstes;

– in einigen Bezirken der Metall- und Textilindustrie Kündigungsschutz und Verdienstabstärkung für Beschäftigte ab 55 Jahren, womit erste wesentliche Punkte der im Herbst 1973 durch Streik in der Metallindustrie von Nordwürttemberg-Nordbaden durchgesetzten neuen Lohnrahmen- und Manteltarifverträge übernommen werden.

Die fünf Institute rechnen in ihrer Projektion für 1974 insgesamt mit einer Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter um 12 Prozent.

In den ersten Monaten 1974 stiegen die Verdienste folgendermaßen:

Tarif- und Effektivverdienste 1973/74; Steigerung in Prozent gegenüber Vorjahr

	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten
1973 1. Vj.	+ 9,4	+ 11,5
2. Vj.	+ 10,2	+ 11,7
3. Vj.	+ 10,3	+ 11,9
4. Vj.	+ 10,4	+ 12,8
1974 Jan.	+ 12,0	–
Febr.	+ 12,1	–

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 69*)

Zu Beginn des Jahres scheint sich die Differenz zwischen Tarif- und Effektivverdiensten vermindert zu haben. Das DIW schätzt für das erste Quartal 1974 einen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um 11 Prozent bzw. der Durchschnittseinkommen um 11,5 Prozent. Damit bleibt der effektive Anstieg sogar leicht hinter der Projektion der fünf Institute zurück (DIW-Wochenbericht, 14/74, S. 133) und hat sich gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nicht beschleunigt.

Die Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie stiegen im Jahresdurchschnitt 1973 effektiv um 10,6 Prozent auf durchschnittlich 8,76 DM. Die Arbeiter in der Mineralölindustrie standen mit 10,39 DM an der Spitze, während die Arbeiter der Schuhindustrie mit 7,34 DM das Schlußlicht bildeten. Die Differenz beträgt, bezogen auf den niedrigsten Verdienst, 42 Prozent, gegenüber 38 Prozent im Vorjahr.

Die Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen hat sich dabei in absoluten Beträgen weiter vergrößert.

Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie in DM

	Männer	Frauen	Differenz
1970	6,52	4,47	2,05
1971	7,28	5,03	2,25
1972	7,92	5,51	2,41
1973	8,76	6,16	2,60

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/74, S. 288)

3.2 Steuern und Abgaben

Die Lohnsteuer hat in der Vergangenheit nicht nur ihre Stellung als aufkommensstärkste Steuerart behauptet, sondern sogar noch ausgebaut. Ein Zuwachs um 23,1 Prozent im Jahre 1973 bewirkte eine Erhöhung ihres Anteils am Steueraufkommen von 25,3 (1972) auf 27,0 Prozent (1973). Für 1974 rechnet das DIW mit einem Lohnsteueranstieg um 22 Prozent, so daß diese Steuerart dann ungefähr 30 Prozent am Gesamtsteueraufkommen ausmachen wird (Handelsblatt v. 3./4. 5. 74). Die „Aufkommenselastizität“ der Lohnsteuer wird voraussichtlich auf 2 steigen. Das bedeutet, daß jedes Prozent Lohnzuwachs zwei Prozent Lohnsteuerzuwachs erbringen wird.

Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch öffentliche Abgaben in Prozent

	1970	1971	1972	1973	1974
Lohn- Kirchensteuer, Er-gänzungs- u. Stabilitätsabg.	12,3	13,3	14,2	15,6	17,2
Sozialabg.	10,7	10,6	11,0	11,6	12,0
Gesamtbelastung	23,0	23,9	25,2	27,2	29,2

(Quelle: IFO-Schnelldienst, 6/74, S. 6)

Die Zunahme der Bedeutung der Abgaben zeigt am deutlichsten die „Grenzsteuerbelastung“. Der 1973 von den Lohnabhängigen erzielte gesamte Einkommenszuwachs in Höhe von 47,0 Mrd. DM wurde durch die öffentlichen Abgaben um 43,1 Prozent reduziert. Jede zusätzlich verdiente Mark war also tatsächlich nur 57 Pfennig wert. Im Jahre 1974 wird sie nur noch 53 Pfennig wert sein (ebd.).

Von jeder zusätzlich erkämpften Mark entfielen auf öffentliche Abgaben:

1970 : 30 Pfennig
1971 : 32 Pfennig
1972 : 40 Pfennig
1973 : 43 Pfennig
1974 : 47 Pfennig

(Quelle: Ebenda)

Noch deutlicher zeigt sich der Einfluß der öffentlichen Abgaben auf die Einkommen an einem Vergleich zwischen dem prozentualen Anstieg von Brutto- und Nettoeinkommen.

Einkommensanstieg gegenüber dem Vorjahr in Prozent¹

	1971	1972	1973	1974
Bruttolöhne ²				
-gehälter	12,6	9,1	12,5	10,8
Nettolöhne u. -gehälter	11,2	7,2	9,5	7,9
Differenz	1,4	1,9	3,0	2,9

¹ Da es sich hier um eine eigene Berechnung des IFO-Instituts handelt, sind Abweichungen zu anderen Angaben möglich.
² Ohne zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.

(Quelle: IFO-Schnelldienst, 6/74, S. 6)

In dem Maße, wie die Preissteigerungen höhere prozentuale Lohnerhöhungen notwendig machen, in dem Maße steigt auch der Anteil der öffentlichen Abgaben.

Erweist sich die Vorausschätzung des IFO-Instituts bezüglich der Entwicklung von Löhnen und Gehältern — ein Zuwachs von 12 Prozent — als zutreffend, dann muß gegenwärtig bei jeder Lohnforderung berücksichtigt werden, daß rund 3 Prozent des prozentualen Bruttoeinkommenszuwachses durch die steigenden Abgaben aufgezehrt werden.

Ein Viertel jeder prozentualen Bruttolohnforderung, so kann als Faustregel angenommen werden, wird gegenwärtig durch die zusätzliche Abgabenbelastung aufgezehrt. Eine Forderung nach 18 Prozent mehr Lohn und Gehalt, wie sie z. B. im Tarifkonflikt der Metallindustrie Bremens gestanden hat, bedeutet also in Wirklichkeit nur eine Nettoforderung von 13,5 Prozent.

Selbst wenn durch die geplante Steuerreform die Freibeträge erhöht werden sollten, so wird das die zusätzlichen Belastungen der jüngsten Vergangenheit auch zeitweilig kaum ausgleichen. Schwerer aber als solche zeitweilig möglichen Entlastungen wiegt die Tatsache, daß das Lohnsteuersystem selbst in Verbindung mit der Inflation immer wieder zu steigenden Belastungen führen wird.

Die Auswirkungen des Zusammenspiels von Inflation und Steuersystem zeigt folgendes Rechenbeispiel: Zwischen 1968 und 1973 stieg das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen der Arbeiter und Angestellten von 916 DM auf 1572 DM. Die Lohnsteuer eines Ledigen darauf erhöhte sich von 121 DM auf 292 DM. Stellt man jedoch den Preisanstieg von rund 25 Prozent seit 1968 in Rechnung, dann erhöhte sich der reale Monatsverdienst nur auf 1256 DM. Darauf wären jedoch nur 202 DM Lohnsteuer zu zahlen. 90 DM wurden also zusätzlich gezahlt, denen kein realer Kaufkraftanstieg gegenübersteht.

Die unabstreitbare Tatsache, daß der Staat durch das Steuersystem von der Inflation profitiert, dient der CDU/CSU zu demagogischen Angriffen gegen die Bundesregierung. Verschwiegen wird jedoch, daß letzten Endes nicht nur der Staat, sondern auch die Unternehmer von diesem Effekt profitieren.

Denn diese verkaufen der öffentlichen Hand ihre Leistungen zu ständig steigenden Preisen. Der Preisindex des Staatsverbrauchs lag 1973 bereits um 10,6 Prozent über dem Vorjahr und wird nach der Projektion der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute 1974 auf 11,5 Prozent steigen. (DIW-Wochenbericht 15–16/74)

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Entwicklung der öffentlichen Abgaben macht die Verwendung der „Lohnquote“ vollständig sinnlos. Daher sagt z. B. die vom Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1973 gemeldete Erhöhung der Lohnquote auf 69,9 Prozent nichts über die tatsächliche Entwicklung der Verteilungsrelation aus.

Trotzdem benutzt die Bundesbank sie ungerührt weiter als Argument gegen Lohnerhöhungen. Es „hat die Lohnquote im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht; daß eine solche Verschiebung in der Einkommensverteilung die Preispolitik der Unternehmen nicht unberührt lassen würde, war vorherzusehen“. (Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1973, S. 37)

Anteil der Nettolöhne und -gehälter am BSP

	BSP in Mrd. DM	Nettolöhne -gehälter in Mrd. DM	u. Netto- lohnquote in Prozent (Anteil am BSP)	Anteil d. Nettolöhne u. -gehälter am Volkseinkommen in Prozent
1970	685,6	241,5	35,22	45,6
1971	760,1	267,4	35,18	45,8
1972	829,7	291,8	35,17	46,0
1973	926,2	317,3	34,26	44,2
1974 ¹	1015,0	334,0	33,40	42,8

¹ Projektion der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 64* u. 69; IFO-Schnelldienst, 11/74, S. 19 f.)

Tatsächlich hat sich also der Teil des Bruttosozialprodukts, der effektiv in die Lohntüten oder auf die Gehaltskonten der Arbeiter und Angestellten fließt, in den letzten Jahren kontinuierlich vermindert. Dabei ist die größere Zahl der Abhängigen noch nicht berücksichtigt. Wenn sich die Prognose der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bewahrheitet, dann wird sich diese Entwicklung auch im laufenden Jahr verstärkt fortsetzen.

3.4 Preise

Die Preisentwicklung hat für den Lebensstandard der Arbeiterklasse inzwischen eine zentrale Bedeutung erhalten.

Auch in den ersten Monaten des Jahres 1974 ging der Preisanstieg unvermindert weiter.

Veränderung der Preise gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat in Prozent

		Priv. Lebenshaltung	Erzeugerpreise industr. Prod.	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
1973	Januar	6,3	4,8	3,2	4,8
	Februar	6,4	5,5	4,0	5,3
	März	6,7	5,5	4,3	5,0
	April	7,0	6,0	4,7	5,0
	Mai	7,4	6,2	4,7	5,4
	Juni	7,6	6,7	4,8	6,0
	Juli	7,3	7,2	4,8	6,5
	August	7,2	7,4	4,8	6,6
	September	6,2	6,9	4,8	7,2
	Oktober	6,6	7,2	5,0	7,7
	November	7,4	8,1	5,2	8,4
	Dezember	7,8	8,5	5,3	8,5
1974	Januar	7,4	10,3	5,8	9,1
	Februar	7,6	11,7	5,7	9,8
	März	7,2	12,8	7,1	10,3
	April	7,1	—	—	—

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/74, S. 286)

Es fällt bei einem Vergleich der Preissteigerungsraten auf, daß die Investitionsgüter sich vergleichsweise langsamer verteuert haben, 1973 im Durchschnitt um 4,6 Prozent, während der Lebenshaltungskostenindex um 6,9 Prozent gestiegen ist. Diese Differenz bewirkt also eine weitere Verbesserung der Verteilungsrelation zugunsten der Unternehmereinkommen. Denn ein erheblicher Teil davon wird für Investitionen ausgegeben und unterliegt daher einer geringeren Entwertung als die Einkommen der Arbeiter und Angestellten, die für Konsumgüter verausgabt werden müssen.

Die unvermindert ansteigenden industriellen Erzeugerpreise lassen für die nahe Zukunft eine weitere Beschleunigung des Anstiegs der Verbraucherpreise erwarten. Es ist daher durchaus fraglich, ob der von den Wirtschaftsforschungsinstituten erwartete Preisanstieg von 8,5 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1974 nicht übertroffen werden wird. Der Bundeswirtschaftsminister jedenfalls äußerte anlässlich der Debatte über

den Jahreswirtschaftsbericht die Vermutung, daß die Steigerungsrate dieses Jahr noch eher bei 9 als bei 8,5 Prozent liegen wird. Im Bundeswirtschaftsministerium wurde nach einer anderen Meldung mit Preissteigerungsraten „dicht unter 10 Prozent“ gerechnet (FAZ v. 22. 3. 74). Für die kommenden Monate muß jedenfalls eine ganz erhebliche Beschleunigung der Preisentwicklung erwartet werden. In dem Gemeinschaftsgutachten der Forschungsinstitute wird angenommen: „Vom Frühjahr bis zur Jahreswende dürfte sich der Preisindex für die Lebenshaltung (saisonbereinigt) mit einer laufenden Jahresrate von etwa 10 v. H. erhöhen“ (DIW-Wochenbericht, 15–16/74, S. 148).

In den ersten Monaten des Jahres 1974 verteuerten sich vor allem Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs wie Brot, Milch, Eier, Margarine. Unangefochtene „Spitzenreiter“ sind Benzin und Heizöl.

Preise ausgewählter Waren im April 1974

Ware/Leistung	Einh.	Preis in DM April 74	% Veränderg. April 74 gegenüber April 73
Schweinekotelett	1 kg	10,19	+ 8,8
Streichmettwurst	1 kg	10,10	+ 11,2
Salami, inl. Herkunft	1 kg	15,62	+ 8,6
Kabeljau-Filet	1 kg	9,44	+ 18,3
Brathähnchen A Tiefk.	1 kg	4,74	+ 18,6
Dt. Eier Kl. A, Gw. Kl. 3	1 St.	0,27	+ 15,1
Vollmilch in Tüten	1 l	0,96	+ 7,6
Margarine, Delikateß	250 g	1,11	+ 23,1
Helles Mischbrot	1 kg	2,04	+ 13,3
Langkornreis abgep.	500 g	1,66	+ 25,9
Herrenhose Chemief./Wolle	1	64,72	+ 11,5
D-Rock, Chemief./Wolle	1	54,15	+ 11,4
Strampelhöschen Bw.	1	7,62	+ 16,7
H. Schuhe, Boxcalf	1 P.	73,76	+ 7,8
Normalbenzin, Marke	1 l	0,86	+ 32,3
Zeichenbrechkoks II	50 kg	15,37	+ 9,3
Leichtes Heizöl, 5000 l	100 l	27,46	+ 59,8
Herren-Fassonschnitt	1 x	5,41	+ 13,7
Krankenhaus 2. Kl.	1 Tag	120,92	+ 18,4

(Quelle: FAZ v. 9. 5. 74)

Wie wenig die Preissteigerungen tatsächlich mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter zu tun haben, zeigt ein Beispiel aus dem Kohlebergbau. Wie die Ruhrkohle AG mitgeteilt hat, will sie am 13. Mai die Preise um durchschnittlich 18 Prozent erhöhen (FAZ v. 8. 5. 74). Als Begründung muß wieder einmal in erster Linie der Tarifaufschluß im Steinkohlenbergbau herhalten, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 12,1 Prozent gebracht hat.

Die FAZ formulierte bildhaft: „Wie dem Blitz der Donner, so folgt der Tarifaufbesserung im Steinkohlenbergbau die Erhöhung des Kohlenpreises“ (FAZ vom 10. 5. 74).

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz im Steinkohlenbergbau liegt bei 50 Prozent (Statistisches Jahrbuch 1972, S. 210). Selbst wenn man den Produktivitätsfortschritt außer acht läßt, ließe sich lediglich eine Preisanhebung von 6 bis 7 Prozent mit dem Hinweis auf den Tarifaufschluß rechtfertigen.

Tatsächlich aber produzierte im Januar 1974 im Kohlenbergbau eine um 6,7 Prozent verringerte Beschäftigtenzahl nur 1,1 Prozent weniger als im gleichen Monat des Vorjahres, so daß von einer um 5,6 Prozent gestiegenen realen Arbeitsproduktivität ausgegangen werden kann. (vgl. auch WiSt. 4/74, S. 271). Unter Berücksichtigung dieser Tatsache könnte der Tarifaufschluß also lediglich eine Preiserhöhung von 3 bis 3,5 Prozent begründen. Dabei wäre aber auch diese Begründung noch unrichtig. Denn die Lohnerhöhung bedeutet ja lediglich, daß Staat (durch die Lohnsteuer) und Unternehmer (durch die

Preise) zusätzliche Einnahmen erzielen, während der Kohlekumpel real nicht mehr in der Tasche hat wie vor dem Abschluß.

Zudem werden die Kohlenhalden 1974 nach einem Branchenreport des IFO-Instituts um etwa 11 Mio. Tonnen abgebaut werden. Der Preis dieser bereits vor den Tarifierhöhungen geförderten Kohle hat nun aber absolut nichts mit den gegenwärtigen Kosten zu tun (Handelsblatt v. 22. 4. 74).

Tatsächlich geht es denn bei den Preiserhöhungen der Ruhrkohle auch keineswegs um irgendwelche „Lohnkosten“, die Preisanhebungen notwendig machen. Die Ruhrkohle AG nutzt lediglich die Preiserhöhungsspielräume aus, die durch die massiven Verteuerungen auf dem Mineralölsektor entstanden sind.

Sanktioniert wird diese Preispolitik durch den Bundeswirtschaftsminister Friderichs persönlich: „Preise sind keine Entschädigung für entstandene Kosten, sondern Preise sind Knappheitsindikatoren.“ Das Handelsblatt kommentiert dieses Zitat sinnigerweise mit der Bemerkung: „Das ist kein Zitat, das der Syndikus eines deutschen Mineralölunternehmens im Hearing des Bundeskartellamtes zu seiner Rechtfertigung vorgebracht hätte. Es ist eine Feststellung des Bundeswirtschaftsministers Hans Friderichs in der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 29. 3. 1974“ (Handelsblatt v. 4. 4. 72). Auf deutsch heißt „Knappheitsindikator“ nichts anderes als: Was knapp ist, ist auch teuer, was reichlich ist, ist auch billig.

Nun kann sich jeder Verbraucher von der Richtigkeit des ersten Teils der Feststellung täglich überzeugen. Der zweite Teil aber ist ganz offensichtlich falsch. Als Beispiel kann hier die Automobilindustrie dienen. Denn während z. B. bei VW inzwischen fast eine halbe Million Wagen auf Halde liegen, und im April in der Automobilbranche 120 000 Arbeiter von Kurzarbeit betroffen waren, wurden die Automobilpreise kräftig erhöht. Im März bei VW um durchschnittlich 6,3 Prozent (Quelle: Wirtschaftswoche 13/74, S. 13), wobei neue Preiserhöhungen von mehr als 5 Prozent bereits angekündigt wurden (FR v. 11. 5. 74). Obwohl also Automobile keineswegs „knapp“ sind, steigen die Preise. Im März 1974 lag der Index der Kosten für die Autohaltung um 10,1 Prozent über dem gleichen Vorjahresstand (FAZ v. 19. 4. 74).

Die Monopolisierung der Wirtschaft hat den Preis längst von einem „Knappheitsindikator“ zu einem Machtinstrument der Unternehmer gemacht, gegen das alle „marktkonformen“ indirekten Lenkungsmittel wirkungslos bleiben müssen. Der Zusammenhang zwischen Preis und Menge im klassischen Sinne existiert nicht mehr.

3.5 Reallohnentwicklung

Unter der Überschrift „Die Reallöhne sinken“ meldete die Mai-Nummer des Wirtschaftsmagazins „Capital“, daß für eine Reihe Produkte im Jahre 1973 länger gearbeitet werden mußte als 1970. Für den Kauf z. B. eines Paares Herrenschuhe mußte 1 Stunde und 3 Minuten länger gearbeitet werden als drei Jahre zuvor.

Tatsächlich sind die Reallöhne im Durchschnitt bereits im Jahre 1973 fast zum Stillstand gekommen.

Anstieg der realen Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten in Prozent

1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974 ¹
2,3	1,4	3,4	5,3	8,7	4,5	3,9	1,0	0,5

¹ Nach Schätzung des IFO-Instituts (Quelle: Wirtschaftswoche, 13/74, S. 12; IFO-Schnelldienst 6/74, S. 10)

Steigen die Preise entsprechend den Annahmen des Bundeswirtschaftsministeriums nur um ein halbes Prozent schneller als 8,5 Prozent oder bleibt der Nominallohnanstieg auch nur geringfügig unter den projektierten 12 Prozent je Beschäftigten, dann muß mit einem vollständigen Stillstand gerechnet werden. Dabei wird die Arbeitsproduktivität nach der gleichen Projektion 1974 um 6 Prozent ansteigen. (DIW-Wochenbericht 15-16/74, S. 152)

Bei weiter ansteigenden Spareinlagen von Privatpersonen schlägt sich der geringe Reallohnanstieg, der bei einigen Beschäftigtengruppen bereits mit einem realen Einkommensverlust verbunden sein dürfte, in einer notwendigerweise sparsameren Ausgabengestaltung nieder.

Das zeigt nicht nur die Entwicklung des Pkw-Absatzes. Insgesamt wurden im ersten Quartal 1974 32,8 Prozent weniger Pkw zugelassen als im gleichen Quartal des Vorjahres. (FAZ 24. 4. 74) Erstmals seit vielen Jahren ging auch der Verbrauch von Fleisch im Jahre 1973 von 79,6 auf 78,3 Kilo je Einwohner zurück. Ausgesprochene „Feinkostwaren“ sind immer schwerer zu verkaufen, während es z. B. billige „Suppen in Beuteln“ auf „beachtliche Zuwachsraten bringen“. (FAZ v. 2. 4. 74)

Die Textilindustrie hatte 1973 einen realen Absatzrückgang um 10 Prozent (FAZ v. 8. 3. 74) zu verzeichnen, die Schuhindustrie verkaufte in ihrem schlechtesten Jahr seit dem Krieg ebenfalls 10 Prozent weniger als 1972. Pro Einwohner wurden 1973 nur noch 4 Paar Schuhe verkauft, gegenüber 4,5 Paar im Vorjahr. (FAZ v. 21. 3. 74)

Der von der Kölner Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik errechnete Verbraucherindex zeigt an, daß die Konsumgüterkäufe auch weiter zurückgehen werden. Er gibt die aus Umfragen ermittelten Kaufabsichten der Verbraucher für das nächste Jahr an. Von 1968 = 100 sank er im Februar 1973 auf 98,3 und im Februar 1974 auf 63,9.

Infolgedessen wird sich die schwierige Lage der konsumnahen Wirtschaftszweige auch in Zukunft weiter verschlechtern. Alle Strukturhilfemaßnahmen der Bundesregierung für bestimmte Industriezweige werden lediglich die Gewinne der größeren Unternehmen steigern, nicht aber insgesamt zu wachsenden Umsatzzahlen führen. Das einzige wirksame Mittel für die Beseitigung solcher „Strukturschwächen“ ist die Erhöhung der Massenkaukraft. Das aber ist nur möglich, wenn die Arbeiter und Angestellten sich in naher Zukunft Lohnerhöhungen erkämpfen, die kräftige Realloohnerhöhungen mit sich bringen.

3.6 Beschäftigung und Arbeitszeit

„Wir können eine konjunkturelle Wende auf dem Arbeitsmarkt nicht erkennen.“ Mit dieser Formulierung legte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit im Mai den Arbeitsmarktbericht für April 1974 vor. Trotz „Frühjahrsbelebung“ ging die Zahl der Arbeitslosen nur ganz geringfügig zurück. (FAZ v. 8. 5. 74)

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 1973/74 in Tausend.

	Arbeitslose 1973	Arbeitslose 1974	Differenz 1973/74
Januar	356	621	+ 265
Februar	347	620	+ 273
März	287	562	+ 275
April	241	517	+ 276

	Kurzarbeiter 1973	Kurzarbeiter 1974	Differenz 1973/74
Januar	18	268	+ 250
Februar	16	309	+ 293
März	26	256	+ 230
April	30	212	+ 182

	Offene Stellen 1973	Offene Stellen 1974	Differenz 1973/74
Januar	522	308	— 214
Februar	570	331	— 239
März	603	349	— 254
April	622	362	— 240

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3 u. 4/74, S. 65; FAZ v. 8. 5. 74)

Die offizielle Arbeitslosenstatistik zeigt aber nur einen Teil der tatsächlichen Arbeitsplatzverluste. Der von Bundesminister Arendt verfügte Anwerbstopp für ausländische Arbeitskräfte hat inzwischen zu einem erheblichen Rückgang der Zahl der Ausländer geführt. Im vierten Quartal 1973 lag ihre Zahl mit 2 445 000 um 150 000 unter dem Stand des dritten Quartals. Obwohl die Zahlen für die ersten Monate 1974 noch nicht vorliegen, ist mit einem weiteren Rückgang der Ausländerzahlen zu rechnen.

Die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung war erstmals seit 1972 im vierten Quartal gegenüber dem dritten Quartal leicht rückläufig. Die Zahl der abhängig Beschäftigten sank von 22,59 Mio auf 22,55 Mio. Deutlicher zeigt die Entwicklung der Industriebeschäftigung die Abnahme der Arbeitsplätze:

	Industriebeschäftigte in 1000
Oktober	8429
November	8406
Dezember	8321
Januar	8267

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/74, S. 65')

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Westberlin (DIW) schätzt für das erste Quartal 1974 den gesamten Beschäftigungsrückgang auf 0,5 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum (DIW-Wochenbericht, 14-15/74, S. 133)

Für das ganze Jahr 1974 wird nach der Projektion der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute das Arbeitsvolumen insgesamt um 2 Prozent zurückgehen. (IFO-Schnelldienst, 11/74, S. 19) Auch die Entwicklung der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden ist rückläufig.

Veränderung der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden in Prozent gegenüber Vorjahr in der Industrie

	1972				1973			
	I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.
	— 1,3	— 0,7	— 2,2	+ 0,0	+ 1,2	— 0,6	— 0,6	— 1,3

(Quelle: DIW-Wochenbericht 14—15/74, S. 131)

Ursache dafür ist der Abbau von Überstunden und die Kurzarbeit.

Trotz einer zwar langsam, aber doch steigenden Industrieproduktion ist das Arbeitsvolumen insgesamt stark rückläufig. Darin drückt sich die verschärfte Rationalisierung aus, die bei steigender Arbeitsleistung Überstunden abbaut und Arbeitskräfte freisetzt.

Das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität hat sich infolgedessen 1973 beschleunigt.

Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie in Prozent gegenüber Vorjahr

	1972	1973
Produktionsergebnis je Beschäftigten	5,7	7,2
je Beschäftigtenstunde	6,6	7,4
je Arbeiter	6,8	7,7
je Arbeiterstunde	7,7	8,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/74, S. 269)

Die Zahlen zeigen, daß von einem Zusammenhang zwischen Reallohn und Arbeitsproduktivität schon lange nicht mehr geredet werden kann. Spitzenreiter war 1973 die eisenschaffende Industrie mit einem realen Produktivitätszuwachs um 13,6 Prozent, gefolgt von der Chemischen Industrie mit 13,2 Prozent je Beschäftigten. Die ständig steigende Arbeitsproduktivität bringt es mit sich, daß auch bei erheblichem realem Wachstum die Beschäftigung weiter rückläufig sein kann. Nach einer Berechnung der Bundesanstalt für Arbeit wird bei einem durchschnittlichen realen Wachstum um 2,5 Prozent jährlich die Zahl der Erwerbstätigen bis 1980 um 700 000 Personen zurückgehen. (Handelsblatt v. 25. 4. 74) Die Arbeitslosigkeit wird also in der Zukunft auch in der BRD einen chronischen Charakter annehmen.

Die Globalzahlen für die BRD verbergen die Tatsache, daß sowohl die regionale als auch die gruppenspezifische Arbeitslosigkeit stark unterschiedlich ist. Bei einigen Personengruppen und in einigen Regionen ist die Beschäftigungsfrage zu einem zentralen existenzgefährdenden Problem geworden.

In den nordbayerischen Arbeitsamtsbezirken Passau und Degendorf erreichte die Arbeitslosenquote im Februar 1974 15,3 bzw. 12,7 Prozent. In 14 der 141 bundesrepublikanischen Arbeitsamtsbezirke lag die Quote über 5 Prozent. Zwar handelt es sich dabei meist um traditionell strukturschwache Gebiete. Doch auch in einem solchen Industriegebiet wie Gelsenkirchen lag der Anteil mit 4,3 Prozent ganz erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 2,7 Prozent. (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 4/74)

Besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit sind in der letzten Zeit die Frauen. Mit 3,1 Prozent lag die Arbeitslosenquote dieser Gruppe im Februar 74 erheblich über dem Durchschnitt.

Auch wer über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, ist gegenüber der Gefahr des Arbeitsplatzverlustes besonders anfällig. So ergab eine Sonderzählung der Bundesanstalt für Arbeit, daß von den Absolventen einer Berufsausbildung etwa 6 Prozent zwischen 1955 und 1970 mindestens einmal arbeitslos gewesen sind. Diese Quote betrug bei denjenigen, die ihre Ausbildung nicht abschließen konnten 26 Prozent. (Handelsblatt v. 2. 5. 74)

In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung des Lehrstellenangebots in der BRD besonders wichtig. Von Ende September 1971 bis Ende September 1973 hat die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen um rund 230 000 auf 371 000 abgenommen, also um mehr als 38 Prozent. 1974, so wird angenommen, wird die Zahl der Bewerber die Zahl der angebotenen Stellen übersteigen. (FAZ v. 5. 3. 74) 20 690 Jugendliche unter 20 Jahren waren bereits im September 1973 arbeitslos. Stingl, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit befürchtet für die weitere Entwicklung die Entstehung einer „Jugendarbeitslosigkeit“ wie z. B. in den USA. (Wirtschaftswoche, 17/74, S. 4)

Die Entwicklung einer chronischen Arbeitslosigkeit kommt wichtigen Kräften in der Bundesrepublik gerade gelegen. Für sie formulierten das Institut für Weltwirtschaft in Kiel und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen folgende Konzeption: „Damit sich Gewerkschaften und Unternehmen künftig nicht wieder über die Ziele der Regierung hinwegsetzen, die Tarifautonomie also nicht wieder zu Lasten anderer Gruppen ausnutzen, darf die Regierung den marktwirtschaftlichen Sanktionsmechanismus, der bei stabilisierungswidrigem Verhalten in Gestalt von Produktions- und Beschäftigungseinbußen in Kraft tritt, nicht aufheben.“ (IFO-Schnelldienst, 11/74, S. 18)

4 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf den Abschnitt des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Abschnitt
1	Bruttosozialprodukt in				
	a) jeweiligen Preisen	1973/72	%	+11,6	1.1
	b) Preisen von 1962	1973/72	%	+ 5,3	1.1
2	Industrieproduktion				
	a) insgesamt	Febr. 1974/73	%	+ 1,2	1.2
	b) Investitionsgüterindustrien	Febr. 1974/73	%	+ 1,2	1.2
	c) Verbrauchsgüterindustrien	Febr. 1974/73	%	- 4,5	1.2
	d) Eisenschaffende Industrie	Jan. 1974/73	%	+15,0	1.2
	e) Chemische Industrie	Jan. 1974/73	%	+ 5,7	1.2
	f) Elektrotechnische Industrie	Jan. 1974/73	%	+12,7	1.2
	g) Schuhindustrie	Jan. 1974/73	%	-10,5	1.2
	h) Textilindustrie	Jan. 1974/73	%	- 8,5	1.2
	i) Bekleidungsindustrie	Jan. 1974/73	%	-20,1	1.2
3	Auftragseingänge der Industrie (Nominal)				
	a) insgesamt	März 1974/73	%	+ 9,1	1.2
	b) aus dem Inland	März 1974/73	%	+ 4,2	1.2
	c) aus dem Ausland	März 1974/73	%	+21,8	1.2
4	Anlageinvestitionen	2. Hj. 1974/73	%	- 1,6	1.3
5	Exportüberschuß				
	a) absolut	1. Qu. 1974	Mrd. DM	13,3	1.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	1. Qu. 1974/73	%	+125,4	1.4
6	Unternehmereinkommen (brutto)	1973/72	%	+ 9,9	2.1
7	Anzeigenpflichtige Unternehmenszusammenschlüsse (absolut)	1973	Zahl	274	2.2
8	Tariflöhne und -gehälter	Febr. 1974/73	%	+12,1	3.1
9	Gesamtbelastung der Arbeitseinkommen durch öffentliche Abgaben in % des Einkommens	1974	%	29,2	3.2
10	Nettolohnquote	1973/74	%	34,26/33,40	3.3
11	Lebenshaltungskostenindex	März 1974/73	%	+ 7,2	3.4
12	Reallohn je Beschäftigten	1973/72	%	+ 1,0	3.5
13	Arbeitslose und Kurzarbeiter				
	a) Arbeitslose	April 74	tsd.	517	3.6
	b) Kurzarbeiter	April 74	tsd.	212	3.6
	c) offene Stellen	April 74	tsd.	362	3.6
14	Produktionsergebnis je Beschäftigten	1973/72	%	+ 7,2	3.6

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßzahl, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um

16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt. Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „...“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.